

93.3413

Motion Rhinow**Uno-Beitritt der Schweiz****Adhésion de la Suisse à l'ONU***Wortlaut der Motion vom 22. September 1993*

Am 16. März 1986 haben Volk und Stände den Beitritt der Schweiz zur Uno abgelehnt. Seither hat sich nicht nur die Welt stark verändert, sondern die Uno hat in bedeutendem Ausmass an Handlungsfähigkeit gewonnen. Die Schweiz ist heute (neben dem Vatikan) das einzige Land, welches der Uno nicht angehört. Ein Uno-Beitritt der Schweiz drängt sich auf, aus Gründen der internationalen Solidarität wie der Verbesserung unserer internationalen Einflusschancen.

Angesichts des negativen Ausgangs der EWR-Abstimmung ist ein positives aussenpolitisches Signal durch die eidgenössischen Räte von grösster Bedeutung. Andererseits ist bei einer nächsten Volksabstimmung über den Uno-Beitritt auf andere Abstimmungen von aussenpolitischer Tragweite Rücksicht zu nehmen (Blauhelmtruppen, Gatt, europäische Integration). Die Überweisung einer Motion erlaubt es, beide Zielsetzungen zu verbinden, vergehen doch bis zur Verabschiedung einer entsprechenden Vorlage des Bundesrates durch die Räte mindestens 2 Jahre. Der Bundesrat verfügt anschliessend über einen Entscheidungsspielraum in der Festsetzung des Abstimmungstermins.

Der Bundesrat wird daher eingeladen, den eidgenössischen Räten eine Vorlage über den Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterbreiten.

Texte de la motion du 22 septembre 1993

Le 16 mars 1986, le peuple et les cantons ont refusé l'adhésion de la Suisse à l'ONU. Or non seulement le monde a profondément changé, mais aussi l'ONU, capable désormais de jouer un rôle bien plus actif. La Suisse est actuellement le seul pays, à part le Vatican, qui n'appartient pas à cette institution. Il est aujourd'hui nécessaire qu'elle franchisse ce pas, d'abord pour des raisons de solidarité internationale, ensuite pour accroître son influence au plan mondial.

Après le résultat négatif de la votation sur l'EEE, il est important que le Parlement fasse une démarche positive en matière de politique extérieure. Par ailleurs, une nouvelle votation populaire sur l'adhésion à l'ONU devrait tenir compte d'autres votations de portée internationale (les casques bleus, le GATT, l'intégration européenne). La transmission d'une motion permet de poursuivre l'un et l'autre objectifs, mais un projet du Conseil fédéral ne pourrait pas être adopté par les Chambres avant deux ans. Le Conseil fédéral aura alors une certaine marge pour fixer la date de la votation.

Le Conseil fédéral est donc chargé de présenter aux Chambres un projet d'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Beerli, Béguin, Bloetzer, Cavelty, Cottier, Delalay, Flückiger, Gadiant, Huber, Jagmetti, Kündig, Martin Jacques, Meier Josi, Onken, Petitpierre, Piller, Plattner, Roth, Salvioni, Schiesser, Schoch, Schüle, Seiler Bernhard, Simmen, Weber Monika, Zimmerli (26)

Rhinow René (R, BL): Anlässlich unserer Genfer Session habe ich am 22. September 1993 den Vorstoss für einen Uno-Beitritt eingereicht. Er wurde von 26 Ratsmitgliedern, also von der Mehrheit unseres Rates, unterzeichnet. Es war schon damals nicht mein Anliegen, einen raschen, überstürzten Entscheid über einen Uno-Beitritt unseres Landes herbeizuführen. Das habe ich im Text meines Vorstosses auch zum Ausdruck gebracht. Es ging mir vielmehr darum, dass das Thema – damals acht Jahre nach der negativen Volksabstimmung – wieder aufgenommen und der Bundesrat eingeladen

wird, den Uno-Beitritt grundsätzlich als Ziel zu bejahen und den Räten in Abstimmung mit den übrigen aussenpolitischen Geschäften zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Zwei Monate und sieben Tage später, am 29. November 1993, verabschiedete der Bundesrat seinen Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Dieser Bericht wurde in den Räten ausführlich gewürdigt und gerade auch in unserem Rat positiv aufgenommen. Der Bundesrat spricht sich in diesem Bericht ausdrücklich für den Beitritt zur Uno aus. Er führt u. a. aus: Mit dem Ziel, die Sicherheit der Schweiz in den neunziger Jahren zu erhöhen, stellt sich u. a. die wichtige Aufgabe eines Beitritts zu den Vereinten Nationen. Befürwortet wird «die Bereitschaft, am Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems sowie an der Entwicklung einer aktiven Friedenspolitik über unsere bisherigen Aktivitäten hinaus teilzunehmen».

Damit ist der wesentliche Kern meines Anliegens unverhofft rasch erfüllt worden – viel rascher jedenfalls als die Behandlung dieses Vorstosses eineinhalb Jahre nach seiner Einreichung. Ich hatte aber aus diesem Grund auch keinen Anlass, auf eine rasche Behandlung des Vorstosses zu drängen.

Wenn ich Sie nun bitte, unter diesen Umständen den Vorstoss als Postulat zu überweisen, dann vor allem auch aus folgenden Gründen: In erster Linie geht es mir darum, dass das Thema «Uno und die Schweiz» in unserem Land nicht weiterhin praktisch totgeschwiegen wird. Früher oder später wird das Volk über einen Beitritt zu befinden haben. Bis dahin sollte die Zeit genutzt werden, um über die Uno, ihre Bedeutung und Funktionen, ihre Erfolge, aber auch ihre Misserfolge und ihre gegenwärtigen Bemühungen um Reformen zu informieren und darüber mit dem Volk zu kommunizieren. Viele Bürgerinnen und Bürger haben geringe Kenntnisse über die Vereinten Nationen, wie ich in Diskussionen immer wieder feststellen muss. Was uns das Fernsehen etwa über einzelne Uno-Aktionen berichtet, vermittelt einen selektiven, ja oft verfälschenden Eindruck. Wer kennt denn schon die Ziele und die Grundsätze der Uno-Charta, nämlich die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, das Gebot internationaler Zusammenarbeit, um weltweite Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu fördern und zu festigen? Der Bundesrat hat recht, wenn er unermüdlich wiederholt, unsere aussenpolitischen Ziele würden mit den Zielen der Uno übereinstimmen. Es liegt ganz zentral auch in unserem Interesse als neutraler Kleinstaat, dass – ich zitiere Artikel 2 der Charta – «alle Mitglieder ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so beilegen, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden».

Die Uno und die Schweiz haben sich – beide – seit der letzten Abstimmung vor neun Jahren stark gewandelt. Die Vereinten Nationen haben nach dem Ende des kalten Krieges zunächst an Handlungsfähigkeit gewonnen. Sie werden aber immer mehr für den Schutz des Friedens und für Sicherheitsbelange beansprucht und dadurch heute – das muss man in aller Offenheit sagen – auch überfordert. Sie sind zunehmend Opfer ihres eigenen Erfolges geworden. Die Schweiz andererseits hat sich am Uno-System zunehmend und zusätzlich beteiligt, finanziell und im Rahmen von friedenserhaltenden Massnahmen, auch ohne Blauhelmtruppen. Sie hat vor drei Jahren die beiden Pakte über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert.

Sie hat sich an der Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio 1992, an der Menschenrechtskonferenz in Wien 1993, an der Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994 und soeben auch am Sozialgipfel in Kopenhagen engagiert. Sie ist weiterhin Gastland von Uno-Organisationen und stellt mit Genf den zweitgrössten Uno-Sitz. Sie ist den Bretton-Woods-Institutionen beigetreten und wird hoffentlich dasselbe bei Gatt/WTO tun.

Angesichts dieser Veränderungen muss es darum gehen, öffentlich darüber zu debattieren, was es für uns bedeutet, auch künftig nicht Mitglied der Uno zu sein, obwohl wir praktisch allen Unterorganisationen angehören und den fünfgrössten

Betrag pro Kopf der Bevölkerung an das Uno-System leisten. Gibt es nach wie vor Gründe für das Abseitsstehen? Was bedeutet es, dass wir als Nichtmitglied zunehmend Uno-Sanktionen befolgen – rund zehn seit 1990 –, weil wir uns praktisch nicht mehr entziehen können? Was bedeutet es, dass die Erbringung Guter Dienste längst kein Monopol der Schweiz mehr ist, sondern auch von anderen Staaten, ja sogar von Nato-Mitgliedern, erfolgreich wahrgenommen wird? Ist das Mittragen und Befolgen von Beschlüssen der Uno ohne Stimmrecht auf Dauer wirklich eine der Schweiz angemessene und mit ihrer Würde zu vereinbarende Strategie? Diesen Fragen dürfen wir uns nicht länger entziehen. Wir dürfen ihnen nicht ausweichen.

Ich wiederhole es: Nicht eine baldige Abstimmung, sondern die Diskussion über unser Verhältnis zur Uno im Hinblick auf eine spätere Abstimmung ist mein Anliegen. Ich weiss, dass wir heute und morgen auch mit anderen aussenpolitischen Herausforderungen konfrontiert werden. Teilweise sind sie – das muss man auch klar sagen – von noch vitalerem Interesse für unser Land. Deshalb ist es vernünftig, eine nächste Abstimmung sorgfältig auf diese anderen Themen abzustimmen und nicht übers Knie zu brechen, um auch andere Anliegen nicht zu gefährden. Aber nichts spricht dagegen, den Dialog über unser Verhältnis zur Uno vorurteilsfrei wieder aufzunehmen, denn unsere Demokratie besteht nicht nur aus Entscheidungen an der Urne. Sie bedarf auch der informierenden, sorgfältigen und abwägenden Meinungsbildung, und diese braucht Zeit.

In diesem Jahr feiert die Uno den 50jährigen Geburtstag. Die Schweiz beteiligt sich mit Recht an diesem Jubiläum. Das schönste Geschenk, das eine Demokratie einer Jubilarin überreichen kann, besteht darin, dass man sie ernst nimmt und dass man über sie spricht. Das sind wir aber auch unserem eigenen Volk schuldig.

Ich bitte Sie, den Vorstoss in diesem Sinn als Postulat zu überweisen.

Cotti Flavio, Bundesrat: Der Bundesrat stellt fest, dass der Motion die gleiche prinzipielle Haltung zugrunde liegt, wie sie zuletzt im bundesrätlichen Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren festgehalten worden ist. Diese besteht in der Überzeugung, dass sich unserem Land heute mehr und mehr Probleme stellen, die nur in internationaler Zusammenarbeit gelöst werden können. Um dabei die schweizerischen Interessen wahren zu können, müssen bestehende Defizite im Bereich der internationalen Mitwirkung abgebaut werden. Der Uno-Beitritt bleibt nach Ansicht des Bundesrates ein wichtiger Schritt dazu.

Im heutigen innenpolitischen Umfeld dürfte es indessen unrealistisch sein, das Ziel des Motionärs kurzfristig anzustreben. Zudem stehen heute weitere wichtige, schwierige Probleme an, welche den aussenpolitischen Kalender füllen: Denken Sie an die Integration in Europa und in diesem Moment besonders an die schwierigen bilateralen Verhandlungen mit der EU; denken Sie an die Gatt-Gesetzgebung, und denken Sie an die internationale Verbrechensbekämpfung. Schliesslich versucht die Uno, sich selbst zu reformieren. Die Kernbereiche ihrer Tätigkeit, die Friedenssicherung und die Entwicklungszusammenarbeit einschliesslich der humanitären Hilfe, werden auch in struktureller Hinsicht grundlegenden Umgestaltungen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit unterzogen. Der Bundesrat ist daher der Meinung, dass der Moment für eine erneute Abstimmung über den Beitritt noch nicht gekommen ist.

Aus dem Gesagten geht hervor, dass dem Ansinnen des Motionärs in der gegenwärtigen Lage mit einem möglichst flexiblen Vorgehen am besten gedient ist. Dies legt, wie es der Urheber des Vorstosses selbst erwähnte, die Umwandlung in ein Postulat nahe. Mit dieser Idee kann sich der Bundesrat befreunden.

Seiler Bernhard (V, SH): Ich habe 1993 diese Motion auch unterschrieben. Ich würde das heute nicht mehr tun. Ich bin auch der Meinung, dass wir sie nicht als Postulat überweisen sollten. Ich lehne sie auch als Postulat ab.

Von Bundesrat Cotti haben wir gehört, dass er der Meinung ist – und diese Meinung teile ich absolut –, dass eine Abstimmung in nächster Zeit nicht drinliegt. Dafür könnte man eine ganze Reihe von Gründen aufzählen. Deshalb bin auch ich der Meinung, dass jetzt, wo wir tatsächlich wichtigere Aufgaben zu lösen haben, nicht der Moment dafür ist, Postulate zu überweisen, die dann über Jahre hinweg in der Schublade liegenbleiben. Ich bin auch davon überzeugt, dass der Bundesrat selber weiss, wann es wieder möglich ist, mit einer Vorlage vor das Volk zu treten.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion auch nicht als Postulat zu überweisen.

Huber Hans Jörg (C, AG): Herr Rhinow ist bereit, seine Motion, die ich mitunterzeichnet habe, in ein Postulat umzuwandeln, quasi kampflos die Position der Motion zu räumen. Herr Seiler Bernhard geht noch weiter und führt den Rückzug dorthin, wo im Prinzip die eigenen Truppen nie mehr gesehen werden, noch hinter die gesamte Logistik. Das ist eigentlich die Kapitulation vor dem, was zumindest ich innerlich gewollt habe, nämlich einen Anstoss für eine Auseinandersetzung zum Thema Uno-Beitritt zu geben. Damit sind wir einerseits in eine diffuse Situation hineingeraten, andererseits ist die Eröffnung der Debatte vollzogen.

Ich muss Ihnen sagen, dass ich es letztlich bedaure, Herr Rhinow, dass Sie die Motion in ein Postulat umgewandelt haben. Ich hätte mit Ihnen zusammen sehr gerne für diese Motion gekämpft und bin heute noch überzeugt, selbst bei Berücksichtigung dessen, was der Vertreter des Bundesrates über die Zeitverhältnisse dargelegt hat, dass wir vielen Bürgern in diesem Land ein richtiges Signal gegeben hätten, wenn wir an der Motion festgehalten hätten und uns nicht auf die Unverbindlichkeit des Postulates beschränkt hätten.

Herr Rhinow, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Schweiz zusammen mit dem Vatikan das einzige Staatsgebilde ist, das der Uno nicht angehört, und ich sage Ihnen als Mitglied der CVP, das ist in diesem speziellen Fall keine komfortable Lage, sondern, aus meiner Sicht, eine unbefriedigende Situation. Ich bin der Auffassung, dass es bei einer objektiven Betrachtungsweise keine Gründe gibt, warum wir heute der Uno nicht beitreten und uns für dieses Geschäft nicht mit einer gewissen Priorität stark machen sollen.

Es ist gesagt worden, dass andere Dinge dazwischengekommen seien. Diese anderen Dinge werden den weiteren Horizont haben als der Beitritt zur Uno, da bin ich persönlich überzeugt, und zwar aus dem ganz einfachen Grund: Niemand, der die Situation ernsthaft betrachtet, wird sagen können, dass die Neutralität im richtig verstandenen, sogar im eingeschränkten Sinn etwas mit einem Beitritt zur Uno zu tun hat, sondern dass sie ohne weiteres aufrechterhalten werden kann. Niemand, der auch nur im entferntesten die Realitäten innerhalb der Uno berücksichtigt, wird sagen können, dass ein Beitritt eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft wäre und ist. Wenn dem so wäre, dann hätten wir diese Unabhängigkeit durch unsere Mitwirkung in den Unterorganisationen, durch die Abkommen, die wir mitunterzeichnet haben und mittragen, schon damals in einem beachtlichen Masse aufgegeben. Ich muss Ihnen sagen: Das ist nicht der Fall.

Es gibt von mir aus gesehen keine Gründe, dass wir die Isolation der Schweiz in der Aussenpolitik global weiterbetreiben, sondern wir hätten jetzt und heute den Beginn einer Auseinandersetzung in die Wege leiten müssen.

Wir haben alle mit ehrfürchtigem Schweigen dieser Diskussion über den Europarat, über die Menschenrechte zugehört. Ich habe das als ausgezeichnete aussenpolitische Debatte empfunden.

Wer ja sagt zum Europarat und zu den Menschenrechten, muss ja sagen zur Uno und muss wissen, dass die Uno vor dem Europarat jene Charten präsentiert und unterschrieben hat, die für die Menschenrechte gelten. Ich muss Ihnen sagen: Es entspricht einem globalen Ansatz schweizerischer Aussenpolitik, und nicht nur einem europazentrischen, wenn man die Frage der Uno und des Beitritts zur Uno ins Zentrum der Überlegungen rückt.

Ich bin der Auffassung, dass Sie sehr vielen jungen Menschen in diesem Lande ein Zeichen gegeben hätten, wenn der Bundesrat diese Motion als Motion entgegengenommen hätte. Es ist sehr viel Frustration darüber da, dass wir in dieser entscheidenden aussenpolitischen Frage auf der Seite stehen, derweil sich andere Länder – mit Erfolg, mit weniger Erfolg oder mit Misserfolg – im Auftrag der Uno für den Frieden und für die Menschenrechte einsetzen. Wir stehen daneben.

Ich werde dem Postulat selbstverständlich zustimmen. Ich gebe aber meinem Bedauern Ausdruck, dass die Motion nicht als Motion stehengeblieben ist.

Ich bitte den Bundesrat, die Frage des Beitritts zur Uno nicht zu einer aussenpolitischen Posteriorität zu machen, sondern diesen Punkt als eine eidgenössische Priorität zu verstehen.

Morniroli Giorgio (D, TI): Sono d'accordo con il collega Seiler Bernhard. Anch'io voterò contro questo atto parlamentare, benché sia stato trasformato in postulato.

Ich kann mich kurz fassen und verzichte darauf, eine lange Rede über Sinn und Unsinn der Uno zu halten. Ich stelle lediglich fest: Es ist nicht so lange her, dass unser Volk einen Beitritt der Schweiz zur Uno abgelehnt hat. Einer der Hauptgründe dieser Ablehnung war, dass man nicht wollte, dass Schweizer Bürger im Ausland Militärdienst leisten müssten. Der negative Ausgang der Blauhelmafstimmung hat bestätigt, dass sich die Volksmeinung in dieser Beziehung nicht geändert hat. Ich erachte deshalb die Hypothese eines neuen Anlaufs in Richtung Beitritt der Schweiz zur Uno als inopportun und verfrüht. Meiner Meinung nach – da bin ich mit Kollege Rhinow einverstanden – muss zuerst in einer Vorphase die öffentliche Debatte um die Uno ganz allgemein angeregt werden. Unser Volk ist auf die Thematik hin zu sensibilisieren, die Diskussion ist zu fördern, und die Reaktionen der Basis müssen analysiert und ausgewertet werden. Ein neuer Beitrittsanlauf kommt für mich erst in Frage, wenn sich dieser auf einem breiten Uno-Konsens in unserem Volke abstützen kann.

Ich werde auch gegen das Postulat stimmen.

Rhinow René (R, BL): Zuerst danke ich Herrn Huber für seine an sich wohlwollenden Worte. Ich bitte ihn um Nachsicht, aber ich sehe nicht ein, wie ich den Bundesrat mit einer Motion zu etwas zwingen kann, das er bereits selbst in seinem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren schreibt.

Meine Motion datiert aus einem Zeitpunkt vor der Publikation des Berichtes des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Ich meine deshalb, es sei vernünftig, dass das, was Sie auch wollen und was offenbar auch Herr Morniroli will – ich stelle diesbezüglich eine vollkommene Übereinstimmung fest –, nämlich dass die Diskussion, der Dialog über die Uno beginnt, mit dem Postulat erreicht werden kann.

Ich möchte Sie aber bitten, wenigstens dem Postulat zuzustimmen. Die Ablehnung des Postulates wäre doch ein schlechtes Signal nach aussen. Es würde als das Zuschlagen einer Türe interpretiert, die heute ein ganz klein wenig offen steht. Ich glaube nicht, dass es im jetzigen Moment sinnvoll wäre, dieses Signal nach aussen zu senden. Es wäre wahrscheinlich auch ein Affront gegenüber Genf, gegenüber dem Uno-Sitz, wenn wir ausgerechnet im Jubiläumsjahr sogar das Postulat, das den Dialog will, ablehnen würden.

Der Konkurrenzkampf um den Sitz internationaler Organisationen ist in vollem Gang – wir haben es vorhin gehört –, und ich meine, dass wir auch deshalb das Postulat klar überweisen sollten.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung des Postulates	26 Stimmen
Dagegen	10 Stimmen

Motion Rhinow Uno-Beitritt der Schweiz

Motion Rhinow Adhésion de la Suisse à l'ONU

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3413
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.03.1995 - 17:15
Date	
Data	
Seite	281-283
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 641